

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 Mk., fürs
Ausland 1,50 Mk. vierteljährlich.

Sattler-

0

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3 gespaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 11 .: 32. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-
straße 106 .: Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 15. März 1918

Inhalt. Beitragleistung. — Nicht länger zaudern!
— Die Großindustrie des Reichs bewahren. — Kriegs-
erfahrungen und Ernährungswissenschaft. — Aus unserem
Beruf. — Korrespondenzen. — Aus anderen Organisationen.
— Rundschau. — Soziales. — Bücherchau. — Adressen-
änderungen. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Für die Woche vom 17. bis 23. März
1918 ist der 12. Wochenbeitrag fällig. Nur
wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche
Beitragleistung seine Pflicht erfüllt, sichert
sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unter-
stützung aus Verbandsmitteln.

Nicht länger zaudern!

Nachdem nun der Reichstarif für das Aus-
rüstungs-gewerbe unter Dach und Fach gebracht
worden ist, die Verhandlungen bezüglich Er-
höhung der Steuerzulage für die Beschäf-
tigten der Lederwaren- und Reiseartikelindustrie
eingeleitet sind, geizt es sich für alle Berufs-
angehörigen, mit vergrößertem Eifer für unsern
Verband zu werben und alle Mittel aufzu-
wenden, damit er alle ihm gestellten Aufgaben
zur Zufriedenheit lösen kann.

Wer mit einiger Aufmerksamkeit die in
unserer Zeitung veröffentlichten sozialpolitischen
Aufsätze nachgelesen hat, wer die Vorgänge im
öffentlich-wirtschaftlichen Leben mit einer wohl-
gesunden Menschenverstand beobachtet, wird sich
sehr bald im Klaren darüber sein, daß die Ge-
werkschaften nicht nur Maschinen sind, die auf
der einen Seite mit wöchentlichem Beitrag ge-
speist werden und die dann auf der andern Seite
die fertigen Tarifverträge mit kurzer Arbeits-
zeit und hohen Löhnen selbstständig liefern, so
daß auch die Nichtmitglieder davon genießen.
Die Gewerkschaften sind von Berufsangehörigen
für alle Berufsangehörige auf demokratischer
Grundlage geschaffene Ständesvertretungen.
Der Zweck derselben läßt sich mit wenigen Wor-
ten umschreiben. Die Arbeiter sollen im Pro-
duktionsprozeß ein entscheidendes Wort mitzu-
sprechen haben. Die Arbeitsräume, Maschinen
usw. sollen allen hygienischen und humanitären
Ansprüchen genügen. Die Sozialgesetzgebung
soll von den Arbeitern beeinflusst, ihre Vertreter
bei Gestaltung und Ausführung von Arbeiter-
schutzgesetzbestimmungen herangezogen werden.
Hat sich die Notwendigkeit für all diese For-
derungen schon früher erwiesen, so erst recht, wenn
es gilt, durch den Krieg Vernachlässigtes oder
Zerstücktes wieder aufzubauen, völlig neue
Grundlagen für Gestaltung der Lohn- und
Arbeitsbedingungen zu schaffen. Die Unter-
nehmer laufen Sturm gegen die sozialpolitischen
Forderungen der Gewerkschaften, sie wittern Ge-
fahr für den „Herr-im-Hause“-Standpunkt und
machen deshalb verzweifelte Mitteilungen, Re-
gierung und Gesetzgebung in ihrem Sinne zu
beeinflussen. Von dem Milliardenlegen aus
Kriegsgewinnen werden einige Millionen ge-
opfert, um Tageszeitungen aufzukaufen, die
dann im Dienste der Schwerindustrie öffentliche
Meinung machen.

Es ist kein zufälliges Zusammentreffen
von Anexionisten, Scharfmachern und Reak-
tionären innerhalb der Vaterlandspartei. Ihr
Bestreben ist, in Preußen und Deutschland in
jahrhundertalter Weise weiter zu regieren.
Nicht dem Nüchternen freie Bahn, sondern Ver-
waltung, Diplomatie und was alles damit zu-
sammenhängt, muß dem Einfluß von Kun-
kern, Schwerindustriellen und Kriegsgewinnlern
unterstellt bleiben. Eine Demokratisierung
könnte störend wirken.

Die Feindschaft gegen eine Demokratisie-
rung hat materielle Gründe. Gelingt es dem
preussischen Volke durch ein freies, gleiches und
geheimes Wahlrecht, ausgedehnt auf alle Män-
ner und Frauen über 20 Jahre alt, den Land-
tag entsprechend der Wählerstimmen zu befehlen,
das Herrenhaus einem Altertumsmuseum in
Verwahrung zu geben, dann ist es mit der
Junkeherrschaft in Preußen und in Deutsch-
land ein für allemal vorbei. Dann hat das Volk
das Recht, Verwaltung, Schule, Eisenbahn und
alles, was damit zusammenhängt, den Zeitan-
forderungen gemäß zu reformieren. Preußen,
als der größte Arbeitgeber im Reich, muß seine
Betriebe muttergültig umgestalten, die Lohn-
und Arbeitsbedingungen seiner Beamten, An-
gestellten und nach Millionen zählenden Arbeiter
vorbildlich ändern. Das aber ist es gerade,
was die Scharfmacher und Reaktionäre schreien.
Sie müßten dann ihren Arbeitern mindestens
die gleichen Bedingungen gewähren, was einer
Einbuße an ihrer Selbstherrlichkeit und ihrem
Geldbeutel gleichkäme. Dem Volke würde durch
Geltendmachung seines Mitbestimmungsrechts
das Untertanengefühl abgehen, und was der
schrecklichen Dinge mehr wären. Ob dieser Volks-
gärung fühlen die Junker, alte und neugebackne
Millionäre, den Boden unter ihren Füßen
schwanken, sie setzen alles daran, ihrem eigenen
Interesse gemäß das wirtschaftliche wie poli-
tische Herrenmenschtum als dauernde Ewig-
keitseinrichtung fest zu verankern.

Diesem gefährlichen Treiben können und
dürfen die Gewerkschaften nicht tatenlos zu-
schauen. Sie müssen ihren Einfluß zum Nutzen
der Gesamtarbeiterschaft geltend machen. Der
Erfolg wird um so sicherer sein, je mehr Arbeiter
sich der Gemeinschaftsarbeit widmen. So wie
die Unternehmer ihre Organisationen auf-
und ausgebaut haben, so wie sie den letzten Mann
für sich gewinnen, so müssen auch die Arbeiter
alles aufwenden, ihre Organisationen auszuge-
stalten und durch erhöhte Werbetätigkeit die
Mitgliederzahl zu verstärken. Dazu bedarf es
wirklich nicht einer besonderen Redegabe. Jeder
kann in seinem Kreise aufklärend und werbend
wirken, ohne gleich Funktionär oder Werkstatt-
vertrauensmann zu sein. Wer aber von seinen
Kollegen mit irgendeinem Amt innerhalb der
Gewerkschaft oder Werkstatt betraut worden ist,
darf dies nicht als ein lästiges Ehrenamt emp-
finden. Mit Freude und gewissem Stolz soll

jeder Funktionär das ihm aufgetragene Amt aus-
füllen. Besonders das Amt des Werkstattver-
trauensmannes ist von hervorragender Bedeu-
tung. Es ist das Bindeglied zwischen Werkstatt
und Verband. Seine Aufgabe besteht nicht nur
in dem regelmäßigen Kassieren der Wochenbei-
träge und Aushändigen des Sachorgans. Seinen
Mitarbeitern soll er Berater sein, dem Verband
gegenüber Vermittler wichtiger Beschlüsse. In
besonderen Sitzungen der Vertrauensleute wer-
den Verbandsangelegenheiten besprochen, Stellung
zu Lohnbewegungen genommen und Situations-
berichte über die Geschäftslage der betreffenden
Branche entgegengenommen. Ferner obliegt den
Vertrauensleuten die Pflicht, Werkstattversam-
lungen vorzubereiten. Doch damit ist ihre ehren-
amtliche Tätigkeit noch nicht erschöpft. Über
sich diese Aufzählung beweist, daß die Einrich-
tung des Vertrauensmänner-systems zu den
Ecksteinen jeder Gewerkschaft zählt, wes-
halb jeder Vertrauensmann sich bewußt sein
muß, welches Vertrauen er von seinen Mitfol-
genden und seinem Verbands genießt. Allerdings,
das soll nicht verschwiegen werden, daß einzelne
Vertrauensleute ihr Amt nicht so auffassen,
sondern es als lästig empfinden. Zum Teil liegt
es an den Kollegen selbst. Sie betrachten den
von ihnen Gewählten als Hausburche, er-
schweren ihm vielfach die Beitragskassierung,
verweigern ihm die Kontrolle der Mitglieds-
bücher und was dergleichen unangenehme Dinge
mehr sind. Wo dem Vertrauensmann die Aus-
führung seiner Pflichten so erschwert wird, geht
die Organisation merklich zurück. Das Zusam-
mengehörigkeitsgefühl leidet schwer, Mißstände
über Mißstände stellen sich ein und der Unter-
nehmer allein hat den Vorteil. Wird der Ver-
trauensmann aber von seinen Kollegen unter-
stützt, zahlen sie ohne besondere Aufforderung
die Beiträge, animiert jeder Kollege seinen Platz-
nachbar, das gleiche zu tun, dann herrschen auch
in jeder Hinsicht geordnete Zustände im Betrieb.
In der Werkstatt ist der Vertrauensmann die
Seele des Ganzen. Ist er selbst und seine Mit-
kollegen sich stets dessen eingedenk, dann ver-
schwinden bald die Mißstände im Betrieb und
die Zahl der Organisierten nimmt ständig zu,
bis alle im Betriebe Tätigen der Gewerkschaft
angehören. So, und nur so ist der Mitglieder-
fluktuation am besten zu begegnen.

Es darf in Zukunft keine Arbeiter mehr
geben, die angeichts der oben erwähnten über-
mächtigen Gruppe von Volksrechtstümern und
Arbeiterausbeutern indifferent bleiben, die Er-
rungenschaften ihrer organisierten Kollegen
schmugelnd mitgenießen, im übrigen aber sich
keine Gedanken darüber machen. Es erscheint
deshalb angebracht, bei dieser Gelegenheit an die
Nichtorganisierten einige Worte ernster Mah-
nung zu richten und sie zu bitten, doch endlich
alle Gleichgültigkeit und Rauheit beiseite zu
lassen, sich zu ermannen, teilzunehmen an allen
Kämpfen um die Rechte der Arbeiter auf wirt-

schastlichem und politischem Gebiet. Gerade unser Verband hat den Beweis erbracht, in welchem Umfange er zum Wohle der Kollegen-schaft tätig gewesen ist. Durch den Verband werden die Berufsgenossen auch in Zukunft vorwärts kommen, wenn sie alle der Aufforderung Folge leisten, mit ihrem Beitritt zum Sattler- und Portefeuller-Verband auch feinen Tag länger zu zaudern.

Wie Großindustrielle das Reich bewuchern.

In Nr. 1 unserer Zeitung haben wir in einem Artikel: „Kriegsgewinne in der Automobilmotoren-Industrie“ den Geschäftsabchluß der Daimler-Motoren-Gesellschaft einer Besprechung unterzogen, woraus zu ersehen war, daß dies Unternehmen ihren Aktionären im Jahre 1909 eine Dividende von 8 Proz. zahlte, die dann in den folgenden Jahren auf 10, 10, 12, 14, 16, 28 und im Jahre 1916 auf 35 Proz. stieg. Gleichzeitig aber hat die Gesellschaft nicht nur ihren Reservefonds von 5 1/2 auf 8 Millionen Mark erhöht, sondern sie hat auch ihre gesamten Anlagen, sämtliche Häuser, Maschinen und sogar Grundstücke (1), die im Vorjahre noch mit 524 Millionen Mark zu Buche standen, gänzlich bis auf 1 Mrd. abgeschrieben, und sie hat schließlich in diesem Jahre ihr Kapital vervierfacht, wobei jeder Aktionär auf eine alte Aktie drei neue zu dem geschätzten Mindestkurse von 107 Proz. beziehen konnte, was bei dem vielfach höheren Kurse der alten Aktien ein Geschenk von ungeheurer Werte einschloß.

Bei dieser Gelegenheit warfen wir die Frage auf: Wie lange soll das, nicht nur bei den Automobilen, sondern bei den Heereslieferungen überhaupt, in diesem Stille fortgehen? Wie lange soll es möglich sein, daß für die Lieferungen an das kämpfende Heer Preise bezahlt werden, die zwar nicht allen Lieferanten, aber doch gerade den großen kapitalkräftigen und leistungsfähigen Firmen, mit ihnen um ein Vielfaches niedrigeren Selbstkosten, Gewinne lassen, die einfach phantastisch sind?

Die Leitung der Daimler-Werke hat darauf eine Antwort gegeben, für die es einen parlamentarischen Ausdruck nicht gibt; sie forderte nämlich einen weiteren Preisaufschlag von fünfzig Prozent und drohte schließlich der Militärverwaltung mit Produktions Einschränkung, wenn ihre Forderung nicht bewilligt wird. Die Heeresverwaltung sah sich schließlich genötigt, der Leitung der Firma eine militärische Aufsicht beizubringen.

Die Verhandlungen im Hauptausschuß des Reichstages am 8. und 9. März über die Preistreibe-rien in der Automobilindustrie beleuchten am besten, wie großindustrielle Unternehmungen, ohne sich Gewissensbisse zu machen, das Reich übervorteilen, den Aktionären die Taschen füllen auf Kosten des Volkes. So kam zur Sprache, daß der Direktor der Daimler-Werke die Kalkulationsaufstellungen hat nachträglich ändern lassen, um die Prüfungskommission zu täuschen. Nach der Anzeige eines entlassenen Angestellten hat man sogar höhere Löhne angegeben, als bezahlt wurden. Die Firma Daimler hat vor dem Krieg Probemotoren hergestellt, deren Preis natürlich hoch war, eben weil es sich um Probearbeiten handelte. Heute sind diese Motoren ein Massenartikel geworden, trotzdem ist der Preis noch der gleiche wie für die Probestücke. Die Firma Daimler hat in diesem Artikel deshalb geradezu ein Monopol, weil den anderen Fabriken die Erfahrungen fehlen. Die Selbstkosten für einen solchen Motor betragen 5000 Mk., bei 30 Proz. Gewinn stellt sich der Preis auf 7000 Mk., die Firma aber berechnet 15 000 Mk. und darauf will sie jetzt noch 50 Proz. Zuschlag und droht mit dem Streik, wenn sie das nicht bekommt. Bei einer Produktion von 500 Motoren im Monat haben die Daimler-Werke schon jetzt einen Gewinn an diesem Artikel allein von 48 Millionen Mark im Jahre.

Hg. Koste (Sog.) behauptete, daß es kein Gebiet der Begahlung bei den Kriegslieferungen gibt, auf dem der Fiskus nicht geprellt worden ist, oder geprellt werden sollte. Die Heeresverwaltung hat zu Anfang des Krieges geplatzt, durch hohe Preise zur Produktion von Kriegsmaterial anzuregen zu müssen, weil ein Teil der Kriegsindustrie sich zurückhielt. Damals sind riesige Gewinne von einer Anzahl Unternehmern gemacht worden. Die Profite stiegen trotz der Erhöhung der Materialpreise und der Löhne, weil die Produktion einen immer größeren Umfang annahm. Das gilt z. B. von der Herstellung von Automobilen und besonders auch von der Erzeugung von Motoren. Die Heeresverwaltung mußte selbstverständlich sehr rasch darauf Bedacht nehmen, die Preise so festzusetzen, daß nur ein normaler Gewinn gemacht wurde. Das ist leider nur sehr zögernd geschehen. Bei kleineren Lieferanten konnte man eine Kontrolle der Herstellungskosten vornehmen. Zahlreiche große Unternehmungen, darunter natürlich auch Krupp, die A. G. und andere wehrten sich nach Kräften

gegen eine Nachprüfung ihrer Kalkulation. Die von den Daimler-Motoren-Werken erzielten Profite sind von der öffentlichen Meinung schon lange als ungeheuer angesehen worden. Sie konnten erzielt werden, weil die Heeresverwaltung unbegreiflicherweise dauernd Preise bezahlt hat, wie zu der Zeit, als nur mit großer Mühe einzelne Exemplare von Motoren hergestellt werden konnten. Es ist richtig, daß eine Nachprüfung der Unkosten der Firma schwer war, weil die Vorlegung von Kalkulationsberechnungen verweigert wurde. Die Firma pochte dabei auf den bestehenden Rechtszustand. Es ist geradezu unbegreiflich, daß die Militärverwaltung sich den Daimlerischen Wachsenschäften mit einer unbertrefflichen Geduld gefügt hat. Sie ist nicht einmal aus ihrer Ruhe gekommen, als die Daimlerische Leitung trotz ihrer rasenden Profite einen weiteren Preisaufschlag von 50 Proz. forderte. Sondern sie hat deswegen lange unterhandelt. Erst die Drohung des Kommerzienrats Verge mit Produktions Einschränkungen hat die Militärverwaltung veranlaßt, ein Einschreiten zu überlegen. Was Kommerzienrat Verge der Heeresverwaltung schrieb, ließ auf die Streidrohung eines Unternehmers hinaus. Wenn jemals der Begriff Landesverrat auf Arbeitsverweigerung mit Recht hätte angewendet werden können, dann auf die Unfändigkeit des Herrn Verge, daß er die in dem Interesse der Landesverteidigung unbedingt erforderlichen Motoren nicht mehr in der bisherigen Zahl liefern wollte. Erst als bei Verhandlungen im Württembergischen Kriegsministerium dem Leiter der Daimler-Werke die in Aussicht genommene Militarisierung des Werkes angedroht wurde, habe er sich gefügt und versprochen, keine Einschränkung der Produktion vorzunehmen und die Geschäftsbücher vorzulegen. Auf die Nachprüfung hatten sich die Herren schon seit geraumer Zeit eingerichtet, indem sie planmäßig Kalkulationsaufstellungen fälschen ließen. Dieser Umstand, der den militärischen Stellen erst bekannt wurde, nachdem mit der Leitung von Daimler eine Verständigung erzielt worden war, hat dazu gezwungen, weitere Maßnahmen zu erwägen. Die Oberstaatsanwaltschaft wird die Angelegenheit gründlich prüfen, ein Verfahren einleiten, die Bücher nachprüfen lassen, die nun wohl beschlagnahmt sind. Zweifellos liegt Betrugsversuch und vollendeter Kriegswiderr vor. Ob bei einem gerichtlichen Verfahren sehr viel herauskommen wird, ist allerdings zweifelhaft, nachdem vor einigen Tagen das Wiesbadener Gericht in der Skandalaffäre Philippi die Freisprechung einer Anzahl Angeklagter verkündet hat. Bei den Stuttgarter Verpöckungen mit Vertretern des Kriegsministeriums und des Generalkommandos war zu erwägen, in welcher Form eine Kontrolle über den Daimlerischen Betrieb zu erreichen war. Eine Militarisierung wie aus Anlaß von Streiks kommt nicht in Betracht, weil eine solche Maßregel die Arbeiterschaft mit betreffen hätte, die aber jetzt ganz außer Betracht zu lassen ist. Es kann also nur eine militärische Oberaufsicht in Frage kommen, bei der den in den Betrieb abkommandierten Offizieren auch Befehlsgewalt gegenüber der Geschäftsleitung zugestanden wird. Der Daimlerische Vorgang stellt sich als eine geradezu unerhörte Erscheinung dar. Es wäre aber total verkehrt, anzunehmen, daß er nur eine Ausnahme darstelle und daß ähnliches sich kaum noch einmal wiederholen werde. Sehr zahlreiche andere Unternehmungen nützen die Situation nicht weniger skrupellos aus. Dem darf unter keinen Umständen länger zugehört werden. Es muß rüchichtslos durchgegriffen werden. Mit 120 Milliarden Mark Schulden ist das Reich belastet. Dagegen hat sich ein Teil der deutschen Industrie mit Gold im wahren Sinne des Wortes vollgepfogen.

Nebst anderer Parteien berichteten über ähnliche Geschäftsgebarungen anderer Kriegslieferanten, so u. a. von geflüchten Granaten, Schiebelungen mit Holz und Minderentlohnung für Nährarbeiten von Sandjäden, wobei ein Kammerherr über 4 1/2 Millionen Mark „verdient“ haben soll, indem er den Heimarbeitern nur 42 Pf. anstatt 80 Pf. Lohn zahlte. Interessant war noch die Mitteilung des Hg. Erzberger, wonach General Gröner kurz vor seinem Abgange eine Denkschrift über das schwindelhafte Lieferungsverfahren verfaßt hat, was mit zu seinem Abgange beigetragen haben soll.

Mit dem Falle Daimler ist eine der stinkendsten Eiterbeulen am Körper der Kriegsindustrie aufgestochen. Militärbehörden und Staatsanwälte werden noch viel zu tun bekommen, wenn sie Gelegenheit nehmen, festzustellen, wie die Gewinne mancher Kriegslieferanten zustande gekommen sind. Eine Heilung wird nur erzielt werden können, wenn solchen Unternehmern die unechtmäßigen Gewinne abgenommen und der Reichskasse zugeführt werden. Viele Steuern, mit denen der arme Mann belastet werden soll, brauchen dann nicht eingeführt werden. Noch besser ist aber die Lehre: Hinweg mit dem Kapitalismus, auf dessen Boden Ginstpflanzen gedeihen, wie hier geschildert.

Kriegserfahrungen und Ernährungswissenschaft.

Unter diesem Titel gibt der Bezirksausschuß Karlsruhe des Kriegsausschusses für Konsuminteressen eine Schrift des 2. Vorsitzenden des Badischen Landesverbandes Hans Krull heraus, in der dieser an der Hand von wissenschaftlichen Gedankengängen und praktischen Beobachtungen gegen den Versuch Stellung nimmt, unsere jetzige unzureichende Ernährung durch allerlei Thejen, Berechnungen und Verallgemeinerungen zu einer hinlänglichlichen zu hempelein. Der Einfluß der Einschränkungsideologen und -physiologen läßt ihn die Gefahr einer dauernden Gerabrückung der Volksernährung, auch für die Friedenszeit, befürchten, nachdem angeblich der Krieg die Ansichten der Autoritäten der Ernährungsphysiologie über den Nährstoffbedarf umgestoßen hat. Wir geben kurz die Hauptgesichtspunkte der empfehlenswerten Schrift wieder.

Die Kriegstoft mit ihrem verminderten Fett- und Eiweißgehalt, mit ihrer Vergrößerung des die zugeführte Kohlenhydratmenge enthaltenden pflanzlichen Stoffquantums, hat nach Feststellung mancher Ernährungsphysiologen und Ärzte den Gesundheitszustand nicht ungünstig beeinflusst. Die Erhebungen der Schulärzte und die geringen Unterstützungsbeträge der Krankenkassen „beweisen“ das. Aber wie wenig zahlreich und wie notwendig oberflächlich fanden die schulärztlichen Untersuchungen statt. Wie schwer ist es, sich erst entwickelnde Schädigungen des jugendlichen Organismus nachzuweisen und wie offenbar widerspricht die erhöhte Sterblichkeit der Krankenkassenmitglieder ihrem der Statistik zufolge besserem Gesundheitsbefunde! Die Unterstützungssätze der Kassen sind durch das Sinken des Weltwertes ganz unzureichend geworden, hohe Verdienstmöglichkeiten winken und so drängen Not und Anreiz auch die Leidenden zum „Durchhalten“ in der Arbeit. Also der wissenschaftlich statistische „Beweis“ ist mit logischen Fehlern belastet und dem gefühlsmäßigen Gegenbeweis erfahren wir alle am eigenen Leibe durch unser verschlechtertes Gesamtbefinden und unsere verminderte Leistungsfähigkeit. Und das, trotzdem die aufgenommene Fett-, Eiweiß-, Kohlenhydratmenge, wie sie Krull z. B. aus den Angaben der Erhebung des Kriegsausschusses für Konsuminteressen vom Juli 1916 herausrechnet, unsere Ernährung an den neueren Anforderungen mancher Ernährungsphysiologen gemessen — als nicht schlecht erscheinen läßt. Unsere viel berufene „Meberernährung“ der Friedenszeit war — soweit wir uns damals nicht als genußsüchtige Refordestler, wie es die Kriegsgewinner noch jetzt inmitten aller Not tun können, mit Eiweiß und Fett überladen — in Wirklichkeit nur eine reichlich auskömmliche. Eiweißbedarf kann nicht beliebig herabgesetzt werden, soll der Körper nicht, mit seiner Ernährung hart die Dürftigkeit freisend, die Fähigkeit des Widerstehens und Aushaltens einbüßen. Unter 100 Gramm tägliche Eiweißzufuhr im Durchschnitt können wir nicht herabgehen, wenn Erfaß und Ergänzung unseres Körpergebäudes nicht unter der Unzulänglichkeit des Baumaterials leiden sollen. Ob wir tierisches oder pflanzliches Eiweiß erhalten, ist nach Krull, eines ausgeprochenen Vegetariers, Ansicht ziemlich belanglos. Nach erfolgter Gewöhnung an vegetabilische Nahrung, bei zureichender Fettzufuhr und richtiger Auswahl der Pflanzstoffe genüge es, wenn ein Drittel der notwendigen Eiweißmenge vom lebenden Tiere stamme. Er verpricht sich vom Uebergang zum Vegetarismus einen „der größten Kulturfortschritte, den Bruch mit der tierischen Vergangenheit der Menschen, ein humaneres und edleres Menschengeschlecht“. Man braucht davon nicht überzeugt zu sein (Japaner!) und kann doch Krulls hygienisch-diätetischen Thesen zustimmen. In der Tat würden wir ungeheure Nährwerte ersparen, wenn wir den Umweg über das Tier vermeiden, soweit möglich. Kohlenhydrate, Fette, Eiweißarten der pflanzlichen Nahrung vermögen uns durchaus zu befriedigen, wenn wir nur hinreichend davon bekommen. Daß der städtische Stubenarbeiter durch den Ballast großer Pflanzennahrungsmengen, die er der Länge seines Darmes und der Beschaffenheit seiner Verdauung nach nur schlecht oder gar nicht (Zellulose) ausnützen kann, belästigt wird, daß er also schwerlich auf die Zufuhr kongentrierter Nahrungswerte in Gestalt von tierischem Eiweiß und Fett verzichten kann, dürfte auch Krulls Meinung entsprechen. Beim Landarbeiter steht es anders. Auf alle Fälle aber braucht der Körper eine reichliche Fettmenge zur Gesunderhaltung seines Nervensystems, zur Abwehrbefähigung durch Vorratsansammlung. Der arbeitende Kulturmenschen kann nicht die erforderliche Fettmenge aus den zugeführten Kohlenhydraten erzeugen. Er kann also nicht wie die Verfälscher Hindbeesäher Lehren behaupten, mit eiweiß- und fettarmer Kost auskommen! Die von Hindbeesäher empfohlene Kost des dänischen Landarbeiters enthält täglich 60 bis 80 Gramm an Eiweiß und 100 Gramm Fett.

Die Lehren der Einschränkungstheoretiker sind also anzulehnen. Die „Leberernährung“ der unteren und mittleren Volksschichten in der Friedenszeit ist eine unbewiesene Behauptung. Die damalige langsame Verbesserung der Ernährung war die Vorbedingung für die erfolgreiche Bekämpfung der Volksjenseiten und die Herabsetzung der Sterblichkeit, Entdeckungen, die bei der Kriegskost aber rückläufig geworden sind. Die gute Ernährung der letzten Jahrgänge befähigte unser Volk und auf Seiten unserer Gegner im Weltkrieg entsprechend die gleichfalls „überernährten“ Engländer, das Rückgrat der Mittelmächte zu bilden, sie bewirkte, daß wir die Kraft hatten, die Welt durch geistige und körperliche Leistungen, durch Energie und Zähigkeit im Erstarren zu bestehen. Soll unser alter Platz in der Weltwirtschaft behauptet bzw. zurückerobert werden, so brauchen wir Sozialhygiene im weitesten Umfang. Ausreichende Ernährung ist einer ihrer Eckpfeiler. Wer also die Wohlfahrt der Nation will, muß für die Rückkehr zur reichlichen Ernährung vergangener Zeiten eintreten, für die Beseitigung der jetzigen Unterernährung, sobald es die Verhältnisse gestatten.

Aus unserem Beruf.

Vorbereitungen zu einem Treibriemenmonopol. Die auch von uns in Nr. 9 vom 1. März veröffentlichte Nachricht, daß die Vorbereitungen zu einem Monopol der Treibriemenindustrie in vollstem Gange seien, soll nach einer Erklärung des Verbandes der Ledertreibriemenfabrikanten Deutschlands, Sitz Hannover, auf Klatjch beruhen. Herr A. Frommeyer schreibt:

„Unter obiger Epithete erscheinen in den Fachblättern seit einiger Zeit Marmactikel, die auch durch Mundschreiben verbreitet wurden. Verschiedene unserer Mitglieder, die sich beunruhigt fühlen, haben mich um Auskunft darüber ersucht, ob etwas Wahres an der Sache sei. Obwohl das Sinnlose derartige Gerüchte klar auf der Hand liegt, habe ich Rücksicht mit der Riemen-Freigabestelle genommen, die mich, wie zu erwarten war, ermächtigt, mitzuteilen, daß alle Nachrichten über ein beabsichtigtes Treibriemenmonopol vollständig aus der Luft gegriffen seien und auch alle daran geknüpften Folgerungen. Der Verbreiter dieser Gerüchte hätte sich durch eine kurze Anfrage sehr leicht von der Haltlosigkeit des ihm zugelegenen Klatjches unterrichten lassen können; da er dies unterlassen hat, ist anzunehmen, daß ihm mehr daran liegt, aufs neue Verunsicherung in die Reihen der Riemenfabrikanten zu tragen als die Wahrheit zu ermitteln.“

Korrespondenzen.

Berlin. Am 6. März gab in einer gutbesuchten Versammlung der Militärattler an Stelle des zum Gesundheitsdienst eingezogenen Kollegen Schulze Kollege Niebel den Bericht über den Verlauf und Ausgang der Verhandlungen zum Reichstaxif.

Die Diskussionsredner kritisierten verschiedene Punkte des Tarifs, stimmten aber im allgemeinen den Ausführungen des Referenten zu. Schließlich wurde gegen einzelne Stimmen folgende, aus der Mitte der Versammlung eingereichte Resolution angenommen:

„Die Versammlung ist durch das Ergebnis der Tarifverhandlungen nicht befriedigt, da es den Berliner Verhältnissen nicht Rechnung trägt. Die Versammlung bedauert das geringe Entgegenkommen der Unternehmer in der Lohnfrage, in der Einführung tariflicher Bestimmungen über Heimarbeiter und Zwischenmeister sowie der kostenlosen Lieferung von Rohmaterial. Die Versammlung stimmt aber für die Annahme des Reichstaxifs im Interesse der Fabrikationsorte in der Provinz.“

Dresden. (E. 9. 3.) Eine außerordentliche Sattlerversammlung am 7. März im großen Volkshausaal nahm den Bericht über die Verhandlungen zwecks Neuaufschlusses des Reichstaxifs für das Lederausrüstungsgewerbe entgegen. Eingang der Tagesordnung ehrten zunächst die Versammelten das Ableben des Kollegen Otto Pöschwitz durch Erheben von den Plätzen. Kollege Eisner gab dann ein anschauliches Bild von den Verhandlungen, die am 2. und 23. Februar 1918 in Berlin stattfanden. Leider sind unsere Wünsche, die wir bei der Kündigung des Tarifes zum Ausdruck gebracht haben, wenig oder gar nicht berücksichtigt worden. Er wies besonders auf die Denkschrift hin, die von den Fabrikanten verfaßt und auch den Behörden vorher zugefleht worden war. Wir erhielten leider erst bei den letzten Verhandlungen Kenntnis von derselben, doch gelang es uns, die in derselben aufgestellten Behauptungen und Unterstellungen in den Verhandlungen zurückzuweisen und zu entkräften. Der neue Vertrag ist bis zum 30. September 1919 abgeschlossen worden. Wenn wir dem neuen Vertrag zugestimmt haben, obwohl er den Wünschen der Kollegenschaft nicht voll gerecht wird, so aus der Erkenntnis heraus, daß ohne Tarifvertrag für einen wesentlichen

Teil der Kollegenschaft sich die Lohn- und Arbeitsbedingungen noch weit ungünstiger gestalten würden.

Die verschiedenen Diskussionsredner bedauerten, daß die Fabrikanten bei den Verhandlungen so wenig Entgegenkommen gezeigt haben. Es sei heute außerordentlich schwer, mit dem jetzigen Lohn auszukommen. Wenn das Anziehen der Preise auf dem Lebensmittelmarkt weiter anhalte, dann müßte auch für einen weiteren Ausgleich gefordert werden. Es wurde anerkannt, daß man aus dem Bericht schließen könne, daß der Vorstand in jeder Weise versucht habe, das Beste herauszuholen. Nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die am 7. März 1918 zahlreich besuchte Versammlung der in der Lederausrüstungsindustrie tätigen Personen in Dresden nimmt Kenntnis von dem Ergebnis der Verhandlungen am 2. und 23. Februar 1918 zwecks Neuaufschlusses des Reichstaxifs.“

Die Versammelten bedauern, daß die Herren Fabrikanten bei der Regelung der Faden- und Wachsfrage kein Entgegenkommen zeigen. Sie weisen die Gründe der Unehrlichkeit, die in der Denkschrift niedergelegt sind, auf das entschiedenste zurück. Auch die Gründe, die für die Beibehaltung der Heimarbeit sowie für die zuchtslagsfreien Ueberstunden angeführt werden, können sie als stichhaltig nicht anerkennen. Es hat sich zu wiederholten Malen gezeigt, daß in verschiedenen Betrieben dauernd Ueberstunden verlangt werden, obwohl oft stundenlang wegen Material- oder Zuschnittmangels gewartet werden muß.

Wenn die Versammelten trotzdem dem neuen Vertrag ihre Zustimmung geben, so sind sie sich bewußt, daß sie damit die Verpflichtung übernehmen, für die Durchführung ihrer wohl berechtigten Forderungen in einem späteren Vertrage zu wirken. Sie erklären heut erneut, für den weiteren Ausbau ihrer Organisation Sorge zu tragen, da nur eine starke Organisation das Fundament eines Tarifvertrages sein kann.“

Eiberfeld. (E. 9. 3.) Eine Konferenz der Verwaltungsstellen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes tagte hier am Sonntag, den 3. März, um zu den Verhandlungen über den neuen Reichstaxif Stellung zu nehmen.

Betretten waren die Verwaltungsstellen: Eiberfeld, Köln, Düsseldorf, Eiberfeld-Barmen, Essen, Hagen, Münster und Solingen.

Kollege Schneider gab in längerer Ausführungen einen eingehenden Bericht über die Verhandlungen und führte die Gründe an, die ihn veranlaßten, dem neuen Vertrag seine Zustimmung zu geben.

Eine lebhafte Debatte folgte den Ausführungen. Die Vertreter aller Verwaltungsstellen beteiligten sich daran. Sehr stark kam zum Ausdruck, daß man von den Abmachungen nicht befriedigt sei, man hätte von den Arbeitgebern mehr Entgegenkommen erwartet. Die Höhe der Löhne, die von den Arbeitgebern angeführt wurde, würde bei geregelter Arbeitszeit nur in den seltensten Fällen erzielt. Es seien bei den Verhandlungen einzelne hohe Verdienste herausgegriffen worden, die nur bei einzelnen Stücken in Teilarbeit erreicht werden. Den Durchschnittsverdienst hat man nicht berücksichtigt. Scharf verurteilt wurde ferner, daß die Arbeitgeber unsere Forderungen: Beschränkung der Heimarbeit und des Zwischenmeisterstystems und Lieferung von Faden und Wachs, nicht berücksichtigt haben.

Folgende Entschlüsse wurden einstimmig angenommen:

„Die Konferenz der Verwaltungsstellen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes hält das Ergebnis über den Abschluß eines neuen Reichstaxifs für das Lederausrüstungsgewerbe nicht für befriedigend. Sie hat von den Arbeitgebern erwartet, daß sie den berechtigten Wünschen der Arbeitnehmer mehr entgegenkommen wären.“

Die Regelung der Zeit- und Stüdlöhne entspricht nicht den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen. Löhne, wie von den Arbeitgebern bei den Verhandlungen vorgetragen, werden hier nur in den seltensten Fällen bei geregelter Arbeitszeit verdient. Besonders bedauert die Konferenz die Abänderung der Teuerungszulage und die Ablehnung alter Forderungen der Militärattler.

In Anbetracht der gegenwärtigen Zeit und Verhältnisse und der Dauer des künftigen Vertragsverhältnisses erklärt sich die Konferenz mit dem Abschluß des ausgehandelten Vertrages einverstanden. Sie erwartet jedoch von den Arbeitgebern, daß sie bei späteren Verhandlungen den berechtigten Wünschen der Arbeitnehmer mehr Rechnung tragen.

In der Erkenntnis, daß nur durch eine kräftige gewerkschaftliche Organisation die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterschaft verbessert werden können, verpflichten sich die anwesenden Vertreter der Verwaltungsstellen, für den Ausbau unseres Verbandes fortgesetzt wirken zu wollen.“

Nachdem noch kurz die zukünftige Werbearbeit besprochen und besonders darauf verwiesen wurde, daß Erfolge für die Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen nur vom der Stärke unserer Organisation abhängen, wurde die Konferenz nach mehrstündiger Dauer geschlossen.

Aus anderen Organisationen.

Der Verband der Kürschner hielt vom 25. bis 27. Februar in Hamburg einen außerordentlichen Verbandstag ab, der sich hauptsächlich mit der Geltung der Generalkommission der Gewerkschaften seit Kriegsausbruch beschäftigte. Regge, Redakteur des „Kürschner“, führte zur Begründung des folgenden Verliner Antrages aus:

„Der außerordentliche Verbandstag möge beschließen, daß er mit der Politik der Generalkommission und sonstigen Gewerkschaftsinstanzen, wie sie seit Kriegsausbruch geübt wird, nicht einverstanden ist.“

Die sogenannte Politik des 4. August 1914, die geradezu der Stolz der Gewerkschaftsinstanzen ist, schließt in sich die freiwillige Aufgabe der Lohnkämpfe sowie die Aufgabe jeder selbständigen Arbeiterpolitik, die einseitige Unterstützung und Förderung der Regierungspolitik, die ihren hauptsächlichsten Ausdruck in der militärischen Diktatur des Belagerungszustandes und der Zensur fand, die Geltung zum Hilfsdienstgesetz, der Ergebniskundgebungen gegenüber der Regierung und Militärbehörden, als auch in letzter Zeit der Beitritt zum „Volksbund für Freiheit und Vaterland“.

Der Verbandstag protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die ganze Haltung der Politik der Gewerkschaftsinstanzen und fordert zur Rückkehr zu einer selbständigen Arbeiterpolitik auf. Ganz besonders wird ein selbständiges Vorgehen zur Herbeiführung des allgemeinen Friedens verlangt, der jede Eroberungspolitik sowie Zahlung von Kriegsentgeltigungen ausschließt und das Selbstbestimmungsrecht aller Völker garantiert.“

Zum Beweise der Nichtigkeit der im Antrag enthaltenen Behauptungen zog Redner vor allem das Buch Umbreit's „Die Arbeiter im Weltkrieg“ heran, und aufs neue erhob Redner den Vorwurf, daß die Gewerkschaftsführer Schuld an der Behandlung der Volksmassen tragen, indem sie die Politik der Regierung gestützt und gefördert haben. Pflicht der Verbandsmitglieder sei es, ihre Stimme gegen das Vorgehen der Gewerkschaftsführer zu erheben, um eine richtige Arbeiterpolitik wieder in die Wege zu leiten.

Eben (Vertreter der Generalkommission) ging ausführlich den Berliner Antrag durch und betonte, daß die Politik des 4. August — die Bewilligung der Kriegskredite — lediglich ein Akt der Reichstagsfraktion, nicht der Vorstandskonferenz war. Da aber die Gewerkschaften ihre politische Vertretung in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sehen, so billigten auch die Generalkommission und die Vorstandskonferenz des Vorgehen der Reichstagsfraktion, und sie selbst suchten den gangbarsten praktischsten Weg, um den Gewerkschaften über die schwere Zeit hinwegzuhelfen.

In der Abstimmung erklärten sich 13 für und 6 Delegierte gegen den Antrag Berlin. Infolgedessen lehnte der Vorsitzende Oelsner eine Wiederwahl ab, weswegen der Posten ausgeschrieben werden soll. — Einstimmig wurde der Beitrag in der 1. Klasse auf 20 Pf., in der 2. Klasse auf 40 Pf., in der 3. Klasse auf 60 Pf., in der 4. Klasse auf 80 Pf. und in der 5. Klasse auf 1 Mk. pro Woche festgesetzt. Die Unterstützungen werden der neuen Beitragshöhe angepaßt, so daß für Kampfeszwede auch noch eine größere Summe erzielt wird. Die Erwerbslosenunterstützung wird in doppelter Höhe wie bisher gezahlt, die Krankenunterstützung bleibt in alter Höhe bestehen. Am 1. Juli 1918 sollen die erhöhten Beiträge und am 1. Januar 1919 die erhöhten Unterstützungsätze in Kraft treten.

Den Bericht über den „Kürschner“, der internationales Organ des Kürschnerverbandes ist, erstattete Regge, der gleichzeitig internationaler Sekretär ist. Er geht auf die Streitfälle, die sich zwischen Redaktion und Vorstand abgespielt haben, ein. Oelsner (Vorsitzender) schilderte, wie der Vorstand sich wiederholt gezwungen sah, gegen die Erörterung des Parteistreits im „Kürschner“ Stellung zu nehmen. In einer dieser Sitzungen erklärte Regge, die Parteistreitigkeiten aus der Zeitung fernzuhalten, doch müßte er sich vorbehalten, zu den verschiedensten Fragen Stellung zu nehmen. Trotzdem Regge dies Versprechen in der Folge nicht hielt, hat der Vorstand sich jeder weiteren Einwirkung enthalten, bis durch die Schreibweise Regges die Zeitung im Jahre 1917 von Nr. 17 an verboten wurde. Da dieses Verbot nur auf die politische Ueberzeugung Regges, die er in der Zeitung zum Ausdruck brachte, zurückzuführen war, durch das Nichterscheinen der Zeitung aber die gewerkschaftlichen Interessen des Verbandes geschädigt wurden, hielt sich der Vorstand für verpflichtet, Maßnahmen

zu ergreifen, um das fernere Verbot der Zeitung aus diesem Grunde nach Möglichkeit zu verhindern. Die Sekretariatskommission, an die sich der Vorstand wandte, teilte den Standpunkt desselben und schlug vor, daß ihr die Artikel Regge vor der Drucklegung vorgelegt werden sollen. Regge lehnte diese Mitwirkung der Sekretariatskommission ab, und da diese wie auch der Vorstand sich nach den bisherigen Erfahrungen mit bloßen Verpfehlungen nicht begnügen konnte, kündigte Regge seine Stellung. Da eine auf Anregung vom Ausschuss einberufene Einigungsstiftung erfolglos blieb, hatte nun der Verbandstag darüber zu entscheiden. Nach kurzer Debatte wurde beschloffen, daß der „Kürschner“ in der bisherigen Form bestehen bleibt und Regge die Redaktion auch weiter wie seit Dezember 1917 im Nebenamt führt.

Am 1. Januar 1919 soll der Sitz des Verbandes nach Leipzig verlegt werden.

Die Mitglieder des **Gemeinbearbeiterverbandes** haben sich durch Urabstimmung mit überaus großer Mehrheit für die Erhöhung des wöchentlichen Beitrages um 10 Pf., ab 1. April, erklärt. — Vorstand und Ausschuss des **Lapeziererverbandes** unterbreiten den Mitgliedern eine Vorlage zur Erhöhung der Beiträge und Unterstützungen im Verbands. Die Vorlage soll zunächst von den Mitgliedern durchberaten werden und geht sodann mit den eventuell einlaufenden Anträgen an eine am 28. März zusammentretende Städtekonferenz, die eine endgültige Vorlage fertigstellen soll, über welche die Mitglieder in einer Urabstimmung entscheiden werden. — Im **Gutmacherverband** wird in der ersten Hälfte des März eine Urabstimmung über die Neuregelung der Beitrags- und Unterstützungsätze vorgenommen. Die vom Vorstand beantragte Beitragserhöhung soll eine jährliche Mehreinnahme von 27 000 Mk. bringen. Vorgesehen ist eine Erhöhung der Wochenbeiträge um 10 Pf. — Eine Neuregelung der Beiträge und Unterstützungen wird auch im **Landarbeiterverbande** vorbereitet. Vorstand und Gauleiter unterbreiten den Mitgliedern den Antrag auf eine Beitragserhöhung von 10 Pf. wöchentlich in allen Beitragsklassen. — Der Vorstand des **Allgemeinen deutschen Gärtnervereins** schlägt den Mitgliedern eine Erhöhung des Wochenbeitrages um 10 Pf. in allen Klassen vor. Die Frage soll zunächst in den Mitgliederversammlungen besprochen werden, um sodann in einer Urabstimmung ihre Entscheidung zu finden. — Die **Verbandsinstanzen der Maschinisten und Heizer** haben auf Grund der im Verbands gepflogenen Aussprache und der in den Bezirkskonferenzen gefaßten Entscheidungen sich dahin entschieden, von einer Beitragserhöhung und einer Neuregelung der Unterstützungsleistungen bis auf weiteres Abstand zu nehmen. — Der Vorstand des **Schuhmacherverbandes** beruft den 17. ordentlichen Verbandstag zum 8. Juli nach Würzburg ein. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Frage der Uebergangswirtschaft vom Krieg zum Frieden. — Im **Schiffszimmererverband** hat der Vorstand eine Vorlage zur Neuregelung der Beiträge und Unterstützungen ausgearbeitet, die im Verbandsorgan den Mitgliedern unterbreitet wird.

Rundschau.

- Leitfäden für die Lehrlingsausbildung.** Das Hamburg-Altonaer Gewerkschaftsamtell hat sich mit der Frage der Neuordnung des Lehrlingswesens beschäftigt und dazu folgende Leitfäden aufgestellt:
1. Abgrenzung einer höchsten dreijährigen Lehrzeit
 2. Gewährung eines für den Unterricht des Lehrlings wirklich ausreichenden Verpflegungsgeldes durch den Lehrherrn.
 3. Verbot der Verwendung des Lehrlings zu häuslichen Arbeiten.
 4. Aufhebung des körperlichen Zuchtungsrechts des Lehrherrn und seiner Beauftragten.
 5. Gesetzlicher Schutz der Lehrlinge, insbesondere Verbot der Nachtarbeit, und Festsetzung einer täglich höchstens achtstündigen Arbeitszeit; Wegfall der Ausnahmebestimmungen für das Bäder- und Konditorei-gewerbe, für Gastwirtschaften und Getreidemüllern.
 6. Gewährung einer staatlichen Beihilfe zu den Kosten der Lehrlingsausbildung.
 7. Ueberwachung der Lehrlingsausbildung durch paritätisch zusammengesetzte Sachkommissionen.
 8. Festsetzung der zur Ausbildung zulässigen Höchstzahl von gewerblichen und kaufmännischen Lehrlingen.
 9. Schaffung von reichsgesetzlichen Bestimmungen über das Lehrlingswesen in der Schiffahrt, Flößerei, im Bergbau, in der Landwirtschaft usw.
 10. Entscheidung von Lehrlingsstreitigkeiten nur durch das Gewerbegericht, nicht durch Innungen.
 11. Stellung von Schulärzten für das Gewerbe- und Fortbildungsschulwesen.
 12. Engere Fühlungnahme der Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung mit den Schulen und Schulärzten.

13. Förderung und Pflege von Jugendorganisations- und Schaffung geeigneter Jugendheime durch Staat und Kommunen.

14. Schaffung eines besonderen Jugendgesetzes.

15. Erreichung eines höheren Lehrziels in den Volksschulen, insbesondere auch Einführung des staatsbürgerlichen Unterrichts.

16. Weitere Ausgestaltung und Vervollkommenung des Fortbildungs-, Fach- und gewerblichen Vorbereitungs-schulwesens. Verlegung des Unterrichts in die Vormittagsstunden. Einführung des obligatorischen Turnunterrichts in der Fortbildungsschule ohne Kürzung des bisherigen Stundenplans. Freigabe eines Spielnachmittags in der Woche.

Wie immer, wenn es sich um praktische Vorschläge und wirksame Mitarbeit bei der sich notwendig erweisenden Bessergestaltung des Lehrlingswesens durch die Gewerkschaften handelt, tritt die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ auf den Plan, um ihren Hohnkübel darüber auszuschütten. So läßt sie sich von einem Handwerksmeister darüber schreiben:

„Man sieht es diesen Leitfäden wahrhaftig auf den ersten Blick an, daß ihre geistigen Väter noch niemals einen Lehrling praktisch ausgebildet haben und über allen Theorien die praktischen Erfordernisse, denen sich das künftige Lehrlingswesen gegenüberstellen wird, völlig aus den Augen verloren haben. Wo bleibt denn bei diesem hübschen Konglomerat von Bestimmungen der Lehrlingsrechte gegenüber dem Lehrmeister der Kern jeder Lehre: die praktische Ausbildung? Wenn alle diese schönen Leitfäden Gesetz würden, würde der Lehrmeister seinen Lehrling höchstens am Sonnabendabend mal zu sehen bekommen, wenn er sich sein nach Gewerkschaftsbegriffen „wirklich ausreichendes“ Verpflegungsgeld abholt. Oder sollte vielleicht als 17. Leitfaden nicht der Lehrmeister noch verpflichtet werden können, dem Herrn Lehrling das Verpflegungsgeld pünktlich ins Haus zu bringen.“

Dann meint der biedere Handwerksmeister weiter, daß das Ziel dieser Leitfäden nicht Neuordnung, sondern planmäßige Vernichtung des gewerblichen Ausbildungswesens sei. Kein vernünftiger Lehrmeister wird sich einen solchen „Rattenschwanz“ von Leitfäden auf den Hals laden, erforderten doch die bisherigen Verhältnisse genug Geld, Zeit, Liebe und Lust vom Meister. Wie seien die Leitfäden geeignet, eine Entfremdung zwischen Meister und Lehrling herbeizuführen, wo doch ersterer stets seinen Ehrgeiz darin erblickte, aus dem Lehrling einen tüchtigen Manufaktur- und Handwerker zu machen.

Wir bestreiten gar nicht, daß es auch solche Lehrmeister gibt. Aber ein Blick in die Innungszeitungen, wo die Meister oftmals ermahnt werden der Lehrlingsausbildung mehr fachliches Interesse entgegenzubringen, zeigt uns, daß hier noch sehr viel im argen liegt. Eine gesetzliche Bindung der obigen Leitfäden könnte also nur Gutes stiften, was die meisten Kollegen aus eigenen Erfahrungen bezeugen können.

Soziales.

D. W.-A. Vormarsch der Wohnungsreform. Daß wir auch im Wohnungsweien sehr harten Zeiten entgegengehen, ist leider sicher. Aber es scheint, daß uns wie auf vielen Gebieten so auch hier gerade die Not vorwärts treibt zu größeren Reformmaßnahmen, die wenigstens allmählich eine stärkere Besserung hoffen lassen, denn ein starker Vormarsch der Wohnungsreform ist zurzeit unverkennbar. Das preussische Wohnungs-gesetz, das am 9. März vom Herrenhaus endgültig verabschiedet worden ist, bringt in seiner neuesten Fassung eine Reihe recht bemerkenswerter Fortschritte. An zahlreichen Orten rühren sich die Gemeinden; insbesondere sucht man durch Gründung kommunaler Wohnungsämter sich für die kommenden Aufgaben zu wappnen. In einem großen Teile Deutschlands ferner sind jetzt große gemeinnützige Siedlungsgesellschaften gegründet worden oder in der Bildung begriffen, um die praktische Siedlungstätigkeit in die Hand zu nehmen. Vor allem aber ist auch in finanzieller Beziehung in die bisherige grundsätzlich ablehnende Haltung des Staates Breche geschlagen worden. Nachdem beim preussischen Wohnungs-gesetz sich der preussische Staat bereit erklärt hat, staatliche Geldmittel auch für die Befriedigung des allgemeinen Wohnungsbedarfs und nicht bloß die des Bedarfs der staatlichen Arbeiter, Angestellten und Beamten einzusetzen, hat neuestens auch der Vizetanzler von Bayer in seiner Etatsrede am 25. Februar die gleiche Bereitwilligkeit auch für das Reich erklärt. Nach seinen Mitteilungen ist das Reich nunmehr bereit, die Einzelstaaten und Gemeinden bei ihren Bestrebungen zur Bekämpfung der Wohnungsnot usw. nicht bloß organisatorisch, sondern auch finanziell zu unterstützen. Das ist ein sehr bedeutsamer Fortschritt, denn bisher hatte das Reich in dieser Beziehung immer nur ein starres Nein. Hoffen wir, daß der guten Absicht nun auch bald die tatsächliche Verwirklichung folgt!

Bücherchau.

Das praktische Polstern. Unter diesem Titel erschien jeben im Verlage des „Deutschen Tapezier- und Sattlermeisters“ (Greiner u. Pfeiffer), Stuttgart, eine illustrierte Anleitung zur Herstellung der verschiedenen Arten von Polsterarbeiten mit Kostenberechnungen und Materialienkunde unter besonderer Berücksichtigung der Ledermöbel. Das gut ausgestattete Werk enthält über 200 Textabbildungen und 20 Vollbilder, und zwar teils instruktive Zeichnungen als Erläuterungen zu den Abhandlungen, teils nach Photographien wiedergegebene Darstellungen von ausgeführten schönen Polstermöbeln. Das inhaltsreiche Buch, das aus der Praxis für die Praxis entstanden ist, bietet dem selbständigen Handwerksmeister, wie dem Gehilfen als leicht faßliches Auskunfts-buch eine Fülle von nützlichen Anregungen und Hinweisen für die vorteilhafte Ausführung in der Werkstatt. Mit großer Ausführlichkeit wird der Aufbau des Polsters in Wort und Bild bis zur letzten Vollendungsarbeit durchgeführt, ebenso die Herstellung aller Art Ledermöbel. Die wichtigsten Erklärungen über die Gewebe und deren Rohstoffe werden jedem Fachmann ebenso willkommen sein wie die Prüfung der Materialien usw. Wir können das Buch „Das praktische Polstern“ (Preis 9,10 Mk. portofrei) allen Fachgenossen zur Anschaffung an gelegentlich empfehlen.

Adressenänderungen.

Baugen. B.: Hermann Winkler, Neusalzer Straße 20, part.

Sterbetafel.

Als Opfer des Weltkrieges fielen unsere Mitglieder
Paul Jork, Baugen, 22 Jahre alt.
Paul Prietze, Görlitz, 32 Jahre alt.
Berlin. Am 6. März verstarb unser langjähriges Mitglied **Heinrich Linke** im Alter von 39 Jahren.
Cöln. Am 8. März verstarb unser Mitglied **Karl Duast.**
Zienburg. Am 18. Februar verstarb unser Mitglied **Anna Himmelreich, 26 Jahre alt.**
 Ehre ihrem Andenken!

Frankfurt a. M.

Achtung! Achtung!
Freitag, den 22. März, abends 6 Uhr (gleich nach Geschäfts-schluss), im Lokale „**Schlesinger Eck**“, Große Gallusgasse 2a,
wichtige Mitglieder-versammlung.

Tagesordnung: 1. Der neue Reichstarif für die Militärbranche. — 2. Verbandsangelegenheiten.
 Die Kollegen und Kolleginnen werden dringend ersucht, voll-zählig und pünktlich zu erscheinen. Niemand darf fehlen!
 Die Ortsverwaltung.

Sattler und Sattlerinnen

werden fortwährend auf Militärarbeit eingestellt.
 Schriftliche Angebote an
M. Rieck, Militäreffekten- und Leder-waren-fabrik, Cassel.

Prima Leder-schwärze

Herfert
Chemische Fabrik Köthen, Köthen-Anhalt.

50 kg Weidenbast-Hanf-cordel, dauerhafte Ware, habe abzugeben.

M. Beher, Inh. Gertrud Beher, Dirschau, Fernruf 243.

Wir suchen
Sattler und Sattlerinnen.
C. Leschen & Co.,
 Fabrik für Militär-Lederaus-rüstung,
 Cöln-Nippes, Gelberstr. 46.